

Prävention von sexualisierter Gewalt Infoservice Nr. 02 /2019

1. Aktuelles
2. Veranstaltungen / Fortbildungen
3. Publikationen / Literaturhinweise / Medien

1. Aktuelles**Caritas-Präsident Peter Neher greift bei Caritaskongress Missbrauchskrise auf**

In seiner Eröffnungsrede zum Caritaskongress 2019 in Berlin greift Caritas-Präsident Peter Neher die Missbrauchskrise auf und fordert eine offene Debatte über Reformen in der Kirche. Zu gefilmten Eröffnungsrede und zur Volltext der Rede: [Link](#):

Bundeskabinett überträgt das Amt des UBSKM für weitere fünf Jahre Herrn Johannes-Wilhelm Rörig - Nationaler Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen wird einberufen

Das Bundeskabinett hat beschlossen, Herrn Johannes-Wilhelm Rörig zum 1. April 2019 das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) für weitere fünf Jahre zu übertragen. Noch in diesem Jahr wird Bundesministerin Dr. Giffey den Betroffenenrat neu berufen, der an die Amtszeit des Unabhängigen Beauftragten gekoppelt und bei seinem Amt eingerichtet ist. Die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs wird ihre Arbeit bis Ende 2023 fortsetzen. Zudem haben Frau Bundesministerin Dr. Giffey und der Unabhängige Beauftragte Johannes-Wilhelm Rörig angekündigt, erstmals einen „Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ einzuberufen. Ziel ist es, gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Bund und Ländern, Wissenschaft und Fachpraxis sowie unter Beteiligung des Betroffenenrats und der Unabhängigen Aufarbeitungskommission wirksame und ressortübergreifende Vorhaben zu entwickeln und zu begleiten. Der Nationale Rat soll Strategien zu einer dauerhaften Verbesserung von Prävention, Schutz und Hilfen bei sexualisierter Gewalt und Ausbeutung erarbeiten, Vorschläge für kind- und betroffenengerechtere Verfahren entwickeln und eine langfristige Forschungsstrategie zum Themenfeld aufstellen, damit Kinder und Jugendliche on- und offline wirksam geschützt werden
Quelle/ [Mehr](#): (Anlage)

Bilanzbericht der Aufarbeitungskommission

Die Kommission zieht eine Bilanz ihrer letzten drei Arbeitsjahre und hat damit den Versuch unternommen, die Dimension von sexuellem Kindesmissbrauch in Deutschland aufzuzeigen. Über 1.700 Personen haben sich seit 2016 gemeldet und sich in einer vertraulichen Anhörung oder in einem schriftlichen Bericht mitgeteilt. Der Bericht dokumentiert die Arbeit der Kommission und enthält Schlussfolgerungen und Empfehlungen sowie 30 Berichte von Betroffenen.

Auch die katholische Kirche wird im Bericht betrachtet (ab S. 136). 36 Anhörungen und 13 schriftliche Berichte von Betroffenen sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche wurden ausgewertet. Die Tatorte für Missbrauch waren die Gemeinde und in der Jugendarbeit, im Heim, im Internat und in der Schule. Die Erfahrungen, die dabei mit verantwortlichen Bistümern gemacht wurden, an die sich die Betroffenen später gewandt haben, werden oft als belastend bezeichnet und es wird von einer Abwehrhaltung der katholischen Kirche gegen die Aufarbeitung gesprochen. Die Kommission empfiehlt daher der Katholischen Kirche: zum Umgang mit den betroffenen Menschen eine Änderung der Haltung hin zu mehr Empathie, Offenheit und Wertschätzung; eine großzügige Lösung für Zahlungen an Betroffene (teilweise mussten Betroffene sehr lange auf Anerkennungsleistungen warten); zur unabhängigen Aufarbeitung, dass jedes Bistum und jeder Orden proaktiv und unabhängig aufarbeiten lassen soll, dafür direkter Zugriff auf sämtliche Originalakten gewährleistet wird, weitere Verantwortliche geklärt werden, die Ergebnisse der MHG-Studie in den Aufarbeitungsprozess eingebunden wird, die Rolle der weiblichen Kirchenmitarbeiterinnen und Ordensangehörigen geklärt wird, Kirche und Staat gemeinsam an verbindlichen Standards zur Aufarbeitung arbeiten sollten; zur Eindämmung von Begünstigungsfaktoren sollten Gemeinde und Seelsorgearbeit sowie das Beichtgeheimnis kritisch überprüft werden, sich mit dem Zölibat und der Haltung der katholischen Kirche zu (Homo-)Sexualität auseinandergesetzt werden. Die Laufzeit der Kommission wurde kürzlich bis Ende 2023 verlängert. Band I beinhaltet Ergebnisse aus Anhörungen und Berichten sowie Empfehlungen für die Unterstützung von erwachsenen Betroffenen und dem Schutz von Kindern und Jugendlichen. In Band II erzählen Betroffene in eigenen Worten von ihrer Vergangenheit, dem sexuellen Missbrauch, ihren Wünschen und Hoffnungen. [Link](#):

Bischöfe wollen mit „synodalem Weg“ Missbrauch aufarbeiten

Mit einem „synodalen Weg“ wollen die deutschen Bischöfe die Missbrauchsfälle aufarbeiten. Dabei werde es um die Weiterentwicklung der kirchlichen Sexualmoral, die priesterliche Lebensform und den Umgang mit Macht in der Kirche gehen, kündigte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Kardinal Reinhard Marx aus München, zum Abschluss der Frühjahrsvollversammlung der DBK in Lingen an. Bei diesem „synodalen Weg“ werde das Zentralkomitee der deutschen Katholiken einbezogen, erklärte Marx. Die Debatte solle ergebnisoffen geführt werden und ein verbindliches Ziel haben. Die große Unzufriedenheit vieler Gläubigen sei zu spüren. Die Mehrheit der Bischöfe sehe einen Veränderungsbedarf. „Es wird uns nicht durchgelassen, dass wir jetzt jahrelang nur reden, reden, reden“, sagte der Vorsitzende der DBK. Nach Angaben des Kardinals ist auch die Frage „erlaubt und berechtigt“, ob in der katholischen Kirche die Priesterweihe und die zölibatäre Lebensform immer gebunden sein müssten. Das Zölibat werde geschätzt als Ausdruck der religiösen Bindung an Gott. „Wie weit er zum Zeugnis des Priesters in unserer Kirche gehören muss, werden wir herausfinden“, erklärte er. Die Sexualmoral der Kirche hat nach den Worten von Marx entscheidende Erkenntnisse aus der Theologie und den Humanwissenschaften noch nicht rezipiert. Die personale Bedeutung der Sexualität finde keine hinreichende Beachtung. „Die Moralverkündigung gibt der überwiegenden Mehrheit der Getauften keine Orientierung“, erklärte Marx. „Sie fristet ein Nischendasein.“ Der Kardinal fügte hinzu: „Wir spüren, wie oft wir nicht sprachfähig sind in den Fragen an das heutige Sexualverhalten.“ Zur Vorbereitung des synodalen Prozesses soll es mehrere Foren geben. Das Forum „Macht, Partizipation, Gewaltenteilung“ werde von Bischof Karl-Heinz Wiesenmann aus Speyer verantwortet, das Forum „Sexualmoral“ vom Osnabrücker Bischof Franz-Josef Bode und das Forum „Priesterliche Lebensform“ von Bischof Felix Genn aus Münster. Einen Zwischenbericht werde es im September 2019 geben. Während der Pressekonzferenz richtete Marx auch ein persönliches Wort an die Betroffenen sexuellen Missbrauchs: „Ich verspreche, alles in meiner Kraft zu tun, das möglich ist, um etwas in Gang zu bringen“, sagte der Kardinal. Er dankte den Betroffenen, dass sie sich zu den Missbrauchsskandalen geäußert hätten. Gleichzeitig sei zu spüren, wie tief betroffen die Gläubigen über die

Vorgänge in der Kirche seien. Die Beschlüsse der Bischöfe zu einer eigenen kirchlichen Verwaltungs- und Strafgerichtsbarkeit sind nach Angaben von Marx einstimmig getroffen worden. Es habe keine Gegenstimmen gegeben. Einen konkreten Zeitrahmen dazu nannte der Kardinal nicht. Quelle/ [Mehr](#):

Pressegespräch „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen: Aufarbeitung und Prävention – Informationen zum aktuellen Stand“ Frühjahrsvollversammlung

Während der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Lingen wurde in einem Pressegespräch am Mittwoch (13. März 2019) über den Stand der Beratungen der Deutschen Bischofskonferenz zum Thema „Sexueller Missbrauch an Minderjährigen: Aufarbeitung und Prävention“ berichtet. Ein Schwerpunkt dieser Beratungen war der Studientag „Die Frage nach der Zäsur – zu übergreifenden Fragen, die sich gegenwärtig stellen“, an dem die deutschen Bischöfe über Konsequenzen aus der MHG-Studie („Sexueller Missbrauch an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz“) gesprochen haben. Zum Statement von Bischof Dr. Stephan Ackermann: Quelle/ [Mehr](#):

Bischof Bode prüft "systemische Probleme"

Nach dem Missbrauchsgipfel im Vatikan hat Bischof Franz-Josef Bode ein eigenes Konzept für das Bistum Osnabrück vorgestellt. Es ist das erste einer deutschen Diözese. Bode will dabei auch grundsätzliche "systemische Probleme" in der Kirche angehen. In einer von ihm geleiteten Arbeitsgruppe solle etwa das Priesterbild an sich infrage gestellt werden. Der Umgang mit sexueller Gewalt im Bistum wird zudem auf vier Säulen gestellt: Prävention, Intervention, Verantwortung für Betroffene sowie Sanktionierung und Kontrolle von Tätern und Beschuldigten. Für jeden Bereich sind demnach Mitarbeiter der Diözese und externe Fachleute wie Mediziner und Juristen verantwortlich. Letztere sollen die Umsetzung der Maßnahmen kontrollieren und steuern. Wichtig sei auch der Zusammenhang zwischen zölibalitärer Lebensform und "einem Dunstkreis, in dem sich vielleicht etwas Negatives entwickeln kann", so der Bischof. Er betonte darüber hinaus, dass es nicht nur um sexuellen Missbrauch, sondern auch um geistlichen Missbrauch gehe, bei denen Kleriker ihre Machtposition ausgenutzt hätten. Das Konzept schlage "eine Schneise ins bisherige System" und solle auch der "berechtigten Ungeduld" vieler Menschen im Nachgang zum großen Anti-Missbrauchsgipfel Rechnung tragen. Quelle/ [Mehr](#):

Bistum Osnabrück will Priestern wegen Missbrauch Gehalt kürzen

Das Bistum will Priestern, die sich des sexuellen Missbrauchs schuldig gemacht haben, das Gehalt bis auf 1000 Euro kürzen. „Wir beabsichtigen, eine entsprechende Regelung einzuführen, müssen das aber zuerst noch rechtlich abklären“, sagte Sprecher Hermann Haarmann am Donnerstag. Von den 1000 Euro würden noch Beiträge etwa für die Krankenversicherung und Miete abgezogen, sodass den Priestern zum Leben kaum mehr als der Sozialhilfesatz bliebe. Quelle/ [Mehr](#):

Bischof Oster fordert eigene kirchliche Gerichte für Missbrauchsfälle

Der Passauer Bischof Stefan Oster hat nach dem Ende der Missbrauchssynode in Rom konkrete Verbesserungsvorschläge für die Behandlung des Themas in Deutschland gemacht. Im Interview mit der Passauer Neuen Presse forderte er etwa eine eigene kirchliche Gerichtsbarkeit für Missbrauchsfälle, "damit die Verfahren für Priester nicht immer langwierig und zum Teil ergebnislos über Rom laufen müssen". Quelle/ [Mehr](#):

Erzbistum Freiburg will Konzept zur Entschädigung von Opfern überarbeiten

In Gesprächen mit Betroffenen habe sich gezeigt, dass die bislang geleisteten Einmalzahlungen in "einigen Fällen" nicht ausreichten. Das sagte Erzbischof Stephan Burger am Wochenende bei der Frühjahrstagung des Diözesanrats. Denkbar seien daher beispielsweise auch monatliche Unterstützungen. Vorbild seien die Regeln des staatlichen Opferentschädigungsgesetzes. Gemäß den bundesweiten Leitlinien der katholischen Kirche werde jeder Antrag vor Ort sowie von Experten der Bischofskonferenz bearbeitet. Burger sicherte allen Betroffenen zu, "umfassende Verantwortung zu übernehmen". Auch arbeite die Kirche "ohne Wenn und Aber" mit der Staatsanwaltschaft zusammen. Burger verwies zudem auf die neue diözesane Kommission "Macht und Missbrauch". Bis zum Sommer sollten hier die ersten Ergebnisse vorliegen, die für Prävention und weitere Aufarbeitung genutzt werden könnten. Quelle/ [Mehr](#):

Familienbund mit eindringlichem Appell an die deutschen Bischöfe

Der Familienbund der Katholiken hat auf seiner Bundesdelegiertenversammlung im einen eindringlichen Appell an die deutschen Bischöfe gerichtet. Er fordert die verantwortlichen Geistlichen auf, die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche mit Nachdruck fortzusetzen und grundlegende Strukturreformen zur Prävention entschlossen anzugehen. Die weitreichende Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch sei stets die Voraussetzung für wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen, hieß es auf der Tagung unter dem Titel „Sexueller Missbrauch in Kirche und Gesellschaft: Kinder und Eltern stärken“. Zu den Forderungen des „Würzburger Appells“ gehört auch eine konsequente Entschädigung der Opfer jenseits der heutigen Praxis einer pauschalen Anerkennung von erlittenem Leid. Familienbund-Präsident Ulrich Hoffmann ging in der Tagung auch auf den Synodalen Weg der Bischöfe ein: „Voraussetzung für ein konstruktives Gelingen des eingeschlagenen synodalen Wegs ist ein Dialog auf Augenhöhe und eine enge Zusammenarbeit mit den Laien.“ Quelle/ [Mehr](#):
Anlage: Würzburger Appell.

Vatikan kündigt Leitfaden gegen Missbrauch an

Der vom Vatikan angekündigte juristische Leitfaden zum Umgang mit Missbrauchsfällen in der Kirche könnte noch vor dem Sommer erscheinen. Das hat der Chefermittler des Papstes für Sexualstraftaten, Erzbischof Charles Scicluna, mitgeteilt. Das Dokument soll Schritt für Schritt auflisten, wie Bischöfe und Ordensobere mit entsprechenden Fällen umzugehen haben und wie Prävention auszusehen hat. Man wolle mit dem Schreiben auch Nicht-Juristen einen Leitfaden an die Hand geben, um aufkommende Fragen beantworten zu können. Allerdings gebe es dabei ein Problem, so der vatikanische Chefaufklärer: "Wenn sich das Kirchenrecht ändert, muss auch das Vademecum aktualisiert werden." Es gebe zwar konkrete Überlegungen in Sachen Kirchenrechtsreform, so Scicluna. Aber man müsse man mit der Veröffentlichung des "Vademecum" genannten Leitfadens nicht zwingend warten, bis die Reform perfekt sei. Quelle/ [Mehr](#):

Aufklärung im Vatikan - Papst erlässt erstmals Regeln gegen Missbrauch

Der Papst veröffentlicht strikte Regeln, die Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen und Aufklärung garantieren sollen. Erstmals hat ein Papst umfassende Regeln für den Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch für den Vatikanstaat aufgestellt. Der Vatikan veröffentlichte dazu am Freitag insgesamt drei von Papst Franziskus unterzeichnete Dokumente - einen Erlass, ein Gesetz und einen Richtlinienkatalog. Unter anderem legt Franziskus fest, dass im Vatikan

von Sommer an bereits der Verdacht auf Missbrauchsfälle unverzüglich angezeigt werden muss. Regeln im Vatikan: Verurteilte Täter vom Posten entfernen/ Bei Verdacht auf Missbrauch: Anzeige/ Personen, gegen die ermittelt wird, von Kindern und Jugendlichen fernhalten/ Strafrechtliche Verfolgung auch ohne Anzeige Verbote für Geistliche und kirchliche Mitarbeiter: eine besondere Beziehung zu einem einzelnen Minderjährigen/ sich einem Kind in anstößiger Weise nähern / ein Kind auffordern, ein Geheimnis für sich zu behalten/ ein Kind beschenken / ein Kind filmen oder fotografieren und das Material ins Internet ohne die Einverständniserklärung der Eltern stellen. Zudem sollten verurteilte Täter von ihren Posten entfernt werden, hieß es. Die Maßnahmen waren nach der historischen Anti-Missbrauchskonferenz im Vatikan Ende Februar in Aussicht gestellt worden und sollen am 1.Juni in Kraft treten. Auch wenn die Regelungen nur den Kirchenstaat betreffen, sendet Franziskus damit ein Signal - schließlich ist der Vatikan das Machtzentrum der Kirche. Quelle/ [Mehr](#):

Päpstliche Kinderschutzkommission treibt mehrere Projekte voran

Die Päpstliche Kinderschutzkommission hat sich bei ihrer zehnten Vollversammlung in Rom mit mehreren internationalen Projekten befasst. Demnach werden Konferenzen in Rom und Lateinamerika vorbereitet. Zudem sollen Ausbildung und Schulungen zu Kinderschutz in katholischen Schulen überprüft und ausgeweitet werden. Eine für Dezember 2019 geplante Konferenz in Rom soll sich mit "Vertraulichkeit und Transparenz" im Zusammenhang mit dem kirchlichen Strafrecht befassen. Darüber hinaus ist die Kommission an der Vorbereitung eines Symposiums in Bogota über "Schutzmaßnahmen in Kirche und Zivilgesellschaft" beteiligt. Teilnehmer sind neben dem Lateinamerikanischen Ordens- und Bischofsrat katholische Schulen, Regierungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen, andere Kirchen sowie Medien. In vier weiteren Initiativen befasste sich das Gremium mit Plattformen, um Missbrauchsoffer anzuhören und ihnen zu helfen. Auch werden den Angaben zufolge Instrumente erarbeitet, um Umsetzung und Qualität von Schutzmaßnahmen für Minderjährige und schutzbefohlene Erwachsene zu überprüfen. Mit Blick auf den Anti-Missbrauchsgipfel in Rom Ende Februar heißt es in der vatikanischen Mitteilung, das Treffen zeige, "dass das Verständnis für die große Bedeutung von Kinderschutz in der Kirche wachse", gleichzeitig bleibe "noch viel zu tun". Quelle/ [Mehr](#):

Mertes für Beichtgeheimnis bei Missbrauchstaten

Der Jesuit Klaus Mertes hat sich für eine Beibehaltung des Beichtgeheimnisses ausgesprochen – auch wenn es um sexuellen Missbrauch geht. Geschützte Vertrauensräume gehörten zur Grundlage einer "humanen, nicht-totalitären Gesellschaft". Angesichts einer möglichen Aufhebung des Beichtgeheimnisses, wenn jemand sexuellen Missbrauch bekennt, betonte Mertes: "Defensives Täterschweigen würde weiter betont, Schweigekartelle würden noch enger zusammengeschweißt." Das schrieb Mertes in einem Gastbeitrag für das Portal katholisch.de in Bonn. Hintergrund der Äußerungen von Mertes ist, dass die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaates Canberra kürzlich die Anzeigepflicht von Missbrauchsfällen beschlossen hatte. Jeder Erwachsene ist demnach verpflichtet, Missbrauch bei der Polizei anzuzeigen. Das gilt auch für Priester, denen eine solche Tat gebeichtet wurde. Die Kirche lehnt das allerdings ab. Mertes nannte es eine "Perversion der Beichte", wenn sich jemand auf sie berufe, um eine strafrechtliche Aufarbeitung zu "umschiffen". Beichte setze keinen "Vergebungs-Automatismus" in Gang. "Ein Priester, der die Beichte, also das Schuldbekenntnis hört, ist nicht zur Absolution verpflichtet. Er hat selbstverständlich auch die Pflicht, das Beichtgeheimnis davor zu schützen, dass es zur Komplizenschaft mit Verbrechen führt." Es sei niemandem geholfen, "wenn der Missbrauch auch noch die Macht über die Vertrauensräume erhält, indem er sie zerstört", so Mertes. Priester, Anwälte oder Ärzte könnten "ethische Dilemma-Situationen" nicht verhindern. "Das gehört zum Berufsrisiko", betonte der Jesuit. "Das wird auch nicht dadurch verhindert, dass man verallgemeinernde Ausnahmetatbestände schafft, die die Schweigepflicht durchlö-

chern." Sollte bei ihm ein Missbrauchstäter beichten, wisse er "ziemlich genau", welche Optionen ihm statt des Bruchs des Beichtgeheimnisses blieben: zum Beispiel Aufforderung zur Selbstanzeige oder eine Verweigerung der Absolution. Mertes betonte, dass der Schutz der Kinder grundsätzlich immer Vorrang vor dem Schutz der Institution habe, "insbesondere dann, wenn Gefahr im Verzug ist". Quelle/ [Mehr](#):

Stiftung Anerkennung und Hilfe für Betroffene bis 31. Dezember 2020 verlängert

Die Stiftung Anerkennung und Hilfe erbringt Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen an Betroffene, die zwischen 1949 und 1975 als Kinder oder Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland bzw. im Zeitraum von 1949 bis 1990 in der ehemaligen DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder stationären Einrichtungen der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an den Folgen leiden. Um Stiftungsleistungen erhalten zu können, war es bisher erforderlich, dass Betroffene sich spätestens bis zum 31. Dezember 2019 an eine Anlauf- und Beratungsstelle wenden und sich dort für Leistungen anmelden. Bund, Länder und Kirchen haben sich nun als Errichter der Stiftung gemeinsam dazu entschlossen, die Anmeldefrist zum Erhalt von Stiftungsleistungen um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2020 zu verlängern. Quelle/ [Mehr](#):

Statement zur Situation der EFL in Bezug auf den Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche

Der Vorstand des Bundesverbandes Ehe-, Familien- und Lebensberatung macht ein Statement. [Mehr](#):

Website der BKSF – Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend

In Deutschland gibt es ca. 350 Fachberatungsstellen, die auf das Thema sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend spezialisiert sind. Die Mitarbeiter*innen dort unterstützen, begleiten und beraten viele Betroffene auf ihrem Weg und leisten unverzichtbare Arbeit. Doch viele arbeiten unter unsicheren Bedingungen und notwendige Gelder fehlen. Deswegen fordern wir „100% für Beratung!“ [Link](#)

Frauen mit Behinderungen – hohes Risiko, Opfer von Missbrauch zu werden

Anlässlich des Weltfrauentags rief das Deutsche Institut für Menschenrechte dazu auf, die Rechte von Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu stärken. Frauen mit Behinderungen sind mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt: Sie werden nicht nur aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch aufgrund ihrer Beeinträchtigung benachteiligt. Kommen weitere Merkmale – wie etwa eine Fluchterfahrung – hinzu, so kann dies zu noch stärkerer Benachteiligung führen. „In Deutschland leben laut Mikrozensus circa 6,43 Millionen Frauen mit Behinderungen, das entspricht 15,6 der weiblichen Bevölkerung. In vielen Lebensbereichen sind sie besonders benachteiligt“, erklärt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte. So fehle es etwa an Angeboten der Assistenz zur Elternschaft von Frauen mit psychosozialen und intellektuellen Beeinträchtigungen sowie barrierefrei zugänglichen Angeboten der Gesundheitsversorgung vor allem in ländlichen Regionen. Mehr als die Hälfte der Frauen mit Behinderungen seien nicht erwerbstätig und dadurch besonders armutsgefährdet. Darüber hinaus seien Frauen mit Behinderungen einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, Opfer von Gewalt und Missbrauch zu werden. So müssten systematisch Daten und Statistiken über die Situation von

Frauen und Mädchen mit Behinderungen erhoben und darauf basierend gezielte Maßnahmen gegen Mehrfachdiskriminierung umgesetzt werden. Dazu sei Deutschland zuletzt auch durch die Vereinten Nationen aufgefordert worden. Artikel 6 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet staatliche Stellen dazu, durch gezielte Maßnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen mit Behinderungen ihre Rechte gleichberechtigt mit anderen genießen können.

Heike Rabe, Britta Leisering (2018): Die Istanbul-Konvention. Neue Impulse für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt - Kapitel 4.3: Frauen mit Behinderungen, S. 39-45.

Kindesmissbrauch in der DDR stärker tabuisiert als im Westen

Kindesmissbrauch in der DDR wurde laut einer Studie weitaus stärker und länger tabuisiert als im Westen. Zu diesem Fazit kommt die Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Sexueller Missbrauch habe nicht in das Bild der "heilen sozialistischen Gesellschaft" gepasst, heißt es in der Fallstudie. Es sei weder privat noch öffentlich über sexuelle Gewalt in Familien oder in staatlichen Einrichtungen gesprochen worden. Der Analyse liegen 75 vertrauliche Anhörungen und 27 Berichte von Betroffenen zugrunde. Demnach gab es sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in allen Schichten – ähnlich wie in der alten Bundesrepublik. Allerdings spielten in der DDR das politische Machtssystem und das staatlich-repressive Erziehungssystem eine besondere Rolle, Institutionen wie Heime und Jugendwerkhöfe waren ein geschlossenes System innerhalb des geschlossenen Systems DDR Hilfen wie Selbsthilfegruppen und Beratungseinrichtungen sowie finanzieller Unterstützung. Quelle/ [Mehr](#):

Urteile im Prozess um Kinderporno-Plattform "Elysium"

Den vier Angeklagten wird zur Last gelegt, die Plattform im sogenannten Darknet betrieben bzw. sich am Betrieb beteiligt zu haben. Bis zur Abschaltung wurden über 111 000 Mitgliederkonten registriert. Die Beweislage gegen die vier Männer ist erdrückend und offenbart Abgründe. Quelle/ [Mehr](#):

Vorsitzender EU-Bischofscommission - Aufsichtsgremium von Laien einrichten

Jean-Claude Hollerich, Erzbischof von Luxemburg und Vorsitzender der EU-Bischofscommission COMECE, will Laien bei der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche stärker einbeziehen. "Wir brauchen eine stärkere Rechenschaftspflicht. Dabei sollte auch eine Gruppe von Laien integriert werden", sagte Hollerich im Interview des Portals "Vaticaninsider". Der COMECE-Vorsitzende sprach sich auch für eine Entlassung aus dem Priesteramt aus, wenn Priester des sexuellen Missbrauchs schuldig seien, und plädierte für eine Anzeigepflicht: "Wenn es Schlechtes in der Kirche gibt, haben die Leute die Pflicht, die Autoritäten zu informieren. Wir wollen Vertuschung beenden", so der 60-Jährige. Quelle/ [Mehr](#):

UBSKM schlägt Alarm Täglich werden Hunderte Kinder missbraucht

Anlässlich des systematischen Kindesmissbrauchs im westfälischen Lügde zieht der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, eine niederschmetternde Bilanz für den Kinderschutz in Deutschland. In Deutschland werden täglich Hunderte Kinder und Minderjährige vergewaltigt oder sexuell missbraucht, schätzt Rörig. "Der sexuelle Missbrauch gehört leider zum Grundrisiko einer Kindheit in Deutschland". Seit den Beratungen des "Runden Tisches" vor etwa neun Jahren habe sich daran nichts geändert. "Es ist leider kein erkennbarer Rückgang sexueller Gewalt gegen Minderjährige zu verzeichnen". Der

Fall ist mittlerweile auch zu einem Polizei- und Behördenkandal geworden, weil sich unter anderem herausstellte, dass Beweismittel verschwanden. Um Kindesmissbrauch wirkungsvoll zu bekämpfen, fordert Rörig neue Strukturen und eine bessere Ausbildung der zuständigen Mitarbeiter in allen Behörden. "Zur bestmöglichen Kooperation und ressortübergreifenden Koordination sollten Missbrauchsbeauftragte in allen Bundesländern eingerichtet werden. Rörig kritisierte zudem die schlechte Personalausstattung und mangelhafte Ausbildung vieler Beamter. "Wir brauchen deshalb Kompetenzzentren bei den Polizeibehörden der Länder." "Wichtig wären Schwerpunktgerichte auch für Jugendschutzverfahren, wie wir sie zum Beispiel für Wirtschaftsstrafsachen haben. Durch eine solche Konzentration könnte der Rechtsstaat viel konsequenter gegen Straftäter vorgehen." Quelle/ [Mehr](#):

REC-Programm: Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen

Im Rahmen des Rechte, Gleichstellungs- und Unionsbürgerschaftsprogramms (REC) hat die Europäische Kommission einen Aufruf für Vorschläge zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **13. Juni 2019**. Im Rahmen der Aufforderung können folgende Prioritäten und Aktivitäten kofinanziert werden: 1. Prävention und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt (7,02 Mio. Euro): 1.1. Prävention, Schutz und / oder Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt; 1.2. Schutz und Unterstützung für Opfer von geschlechtsbezogener Gewalt besonders gefährdeter Gruppen; 1.3. Prävention von und Antworten auf sexuelle Belästigung. 2. Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder (4,68 Mio. Euro): 2.1. Kapazitätenaufbau für Ärzt(innen), Fachleute im Bereich der Sozialeinrichtungen, Polizei, Bildungssektor; 2.2. Kapazitätenaufbau für spezialisierte forensische Untersucher(innen) für Kinder, die Opfer von Gewalt sind; 2.3. Kapazitätenaufbau für spezialisiertes Fachpersonal (Auszubildende und in Praxis). Antragsteller und Partner müssen öffentliche Einrichtungen oder private Organisationen sein. Das Projekt kann entweder national oder transnational sein. Weitere [Informationen](#):

Diözese Rottenburg mit neuen Maßnahmen

Das Bistum Rottenburg-Stuttgart hat unmittelbar nach dem Ende des Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der diözesanen Missbrauchskommission gestärkt. Man habe "die seit 2003 arbeitende Kommission sexueller Missbrauch (KsM) in Zusammensetzung und Arbeitsweise modifiziert", heißt es in einem am Montag veröffentlichten Brief von Bischof Gebhard Fürst an seine Mitarbeiter. Künftig würden nur noch die ehrenamtlichen, also die nicht unmittelbar vom Bischof abhängigen Mitglieder Stimmberechtigung haben. Das hauptamtliche Personal habe dagegen "nur noch eine beratende Funktion". Der Brief sei eine Reaktion auf die "Kinderschutz-Konferenz" im Vatikan, heißt es in der entsprechenden Mitteilung der Diözese. So will der Bischof unter anderem die Zertifizierung von Einrichtungen ermöglichen, "die sich in der Prävention sexuellen Missbrauchs angemessen und kompetent verhalten". Zudem sollen in den kommenden fünf Jahren rund 15.000 Beschäftigte und zusätzlich viele tausend Ehrenamtliche nach einheitlichen Standards beim Thema Missbrauch sensibilisiert werden. Als weitere Punkte im Kampf gegen sexuellen Missbrauch schlägt Fürst vor, einen unabhängigen Gerichtshof aller Diözesen in Raum der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für entsprechende Straffälle zu schaffen. [Quelle](#):

Studie über Dunkelziffer bei kirchlichem Missbrauch

Um die 114.000 Missbrauchsoffer gibt es in der katholischen Kirche in Deutschland: Mit dieser Zahl sorgte eine Studie von Jörg Fegert in der vergangenen Woche für Schlagzeilen; mit ihren

Forschungsmethoden zog sie aber auch Kritik auf sich. Im Interview erklärt der Forscher, warum vier Fälle für Zehntausende stehen können. Der Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität Ulm, Jörg Fegert, sorgte in der vergangenen Woche mit diesen Zahlen für Aufsehen: Etwa 114.000 Opfer sexuellen Missbrauchs in katholischen Einrichtungen soll es deutschlandweit geben; genauso viele auf evangelischer Seite. Dazu hat Fegert 2.500 Menschen befragen lassen, von denen vier Missbrauch im katholischen Kontext erfahren haben. Diese Zahlen rechnete der Wissenschaftler dann auf 80 Millionen Menschen in Deutschland hoch. Katholisch.de hat mit ihm über seine Forschung gesprochen. Zum [Interview](#):

EU setzt Expertengruppe für ein sichereres Internet für Kinder ein

Am Safer Internet Day 2019 hat die Kommission eine Expertengruppe für ein sicheres Internet für Kinder eingesetzt. Die Expertengruppe soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten koordinieren und konkrete Maßnahmen zur sicheren Internetnutzung vorschlagen. Kommissarin Gabriel nutzte die Gelegenheit des Tages des sicheren Internet auch, um auf die erfolgreiche Sensibilisierungskampagne #SaferInternet4EU diesen Link in einer anderen Sprache aufrufen EN••• hinzuweisen, die sie am 5. Februar 2018 startete und die mit hunderten von Initiativen und Veranstaltungen zum Schutz von Kindern vor Online-Bedrohungen rund 15.500 Schulen und fast 30 Millionen EU-Bürger erreichte. Mehr: <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/expert-group-safer-internet-children> - In Deutschland setzt [Klicksafe](#) den Auftrag der EU-Kommission um, Internetnutzern die kompetente und kritische Nutzung von Internet und Neuen Medien zu vermitteln.

2. Fortbildungen / Tagungen

Einladung der Stiftung Anerkennung und Hilfe zur Veranstaltung „Zeit, über das Leid zu sprechen“ am 13. Mai 2019 in Berlin

In stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Psychiatrie ist Kindern und Jugendlichen in der Vergangenheit großes Leid und Unrecht widerfahren. Viele Betroffene leiden noch heute an den Folgen. Bund, Länder und Kirchen haben die Stiftung Anerkennung und Hilfe gegründet, um erlebtes Leid und Unrecht anzuerkennen, öffentlich sichtbar zu machen und aufzuarbeiten. Am 13. Mai 2019 wird eine Veranstaltung zur öffentlichen Anerkennung des Leids und Unrechts, das Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. Psychiatrie erfahren haben, stattfinden. Auf der Veranstaltung wird gemeinsam über die Geschehnisse in der Vergangenheit und die Unterstützung, die die Stiftung Anerkennung und Hilfe leisten kann, gesprochen. Betroffene berichten von ihren Erfahrungen und erste Zwischenergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung werden vorgestellt. Auch bis zu 100 Betroffenen, die sich bisher schon an die Stiftung Anerkennung und Hilfe gewendet haben, soll die Teilnahme an der Veranstaltung ermöglicht werden. Daher übernimmt die Stiftung die erforderlichen Reise- und Assistenzkosten, so dass den Betroffenen selbst keine Kosten entstehen. Für alle Interessierten, die am 13. Mai 2019 nicht persönlich im Museum für Kommunikation dabei sein können, wird die Veranstaltung live auf folgendem [Link](#): übertragen.

Save the Date: Veranstaltung am 1. und 2. Juli 2019 „ Wenn der Wind der Veränderung weht ...“ Sexueller Missbrauch als Herausforderung für die katholische Kirche Tagungszentrum Stuttgart-Hohenheim

Die Tagung am 1. Juli ist öffentlich und richtet sich an interessierte Fachpersonen. Am 02. Juli wird das erste diözesane Präventionsforum stattfinden. Hierzu sind alle Mitarbeitenden eingeladen, die in Gemeinden, Dekanaten oder Einrichtungen der Diözese den Auftrag übernommen haben, Prävention von sexuellem Missbrauch vor Ort zu gestalten. Infos folgen.

3. Publikationen / Literaturhinweise / Medien/ Stellenausschreibungen

Stellenausschreibung für die Geschäftsführung von ECPAT Deutschland

ECPAT Deutschland e. V. ist die Fachstelle zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt und Ausbeutung und ein bundesweiter Zusammenschluss von 29 Institutionen und Gruppen. Die Arbeit wird vom Grundsatz geleitet, dass jedes Kind Anspruch auf umfassenden Schutz vor allen Formen der Ausbeutung und sexueller Gewalt hat. Der Verein ist aktiver Teil des internationalen, zivilgesellschaftlichen Netzwerkes von ECPAT International. Für die Leitung der Geschäftsstelle in Freiburg im Breisgau wird zum 01.11.2019 eine Geschäftsführung (w/m/d) mit aktuell 100 % (39 h/Woche), davon 50 % unbefristet für die Geschäftsführung und 50% befristete Projektleitung gesucht. [Link](#)
Überblick über die Arbeit von ECPAT: [Link](#)

Erklärvideo zum Thema „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung/Loverboys“

Nordrhein-Westfalen hat ein Erklärvideo zum Thema „Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung/Loverboys“ in Auftrag gegeben. Zielgruppe des Videos sind Mädchen und junge Frauen als potentielle Opfer der Loverboy-Methode und die Öffentlichkeit. [Link](#):

Website der BKSF – Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend

In Deutschland gibt es ca. 350 Fachberatungsstellen, die auf das Thema sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend spezialisiert sind. Die Mitarbeiter*innen dort unterstützen, begleiten und beraten viele Betroffene auf ihrem Weg und leisten unverzichtbare Arbeit. Doch viele arbeiten unter unsicheren Bedingungen und notwendige Gelder fehlen. Deswegen fordern wir „100% für Beratung!“ [Link](#)

Besuchen Sie die Caritas Website Prävention gegen sexuellen Missbrauch: Informationen und Materialien:

<https://www.caritas.de/material-missbrauch>



Kartensuche - Hilfeportal Sexueller Missbrauch

[Hilfeportal Sexueller Missbrauch](#)